Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 19 (1939-1940)

Heft: 10

Artikel: Der Krieg, unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik

Autor: Mojonnier, Arthur

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158674

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hoffen wir für die Zukunft unserer Zivilisation, daß die europäischen Nationen, angesichts dieser Gefahr, die notwendigen Maßnahmen ergreisfen, um die Orohung der Revolution abzudrosseln, die über der im Kampf besindlichen Welt schwebt, und daß es ihnen gelingt, die Kräfte zunichte zu machen, durch die Stalin nach seinen eigenen Worten gedenkt, "den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln".

Der Krieg, unsere Wirtschafts= und Jinanzpolitik.

Bon Arthur Mojonnier.

eit vier Monaten ist offener Krieg in Europa, und das Gesicht unseres Erdteils hat sich bereits von einer Seite her und in einer Art und Beise gewandelt, die der ungeschulte Beobachter kaum in dem Ausmaße vermutet hat. Während das Verhängnis im Westen immer noch hinter Stahl und Beion lauert, schickt sich Asien an, seine Stellung gegenüber dem Abendsland zu verstärken. Obgleich man sich hüten muß, in der Geschichte leichthin in die Ferne zu konstruieren, ist man versucht, die Grundzüge einer auf weite Sicht angelegten Auseinandersetzung wahrzunehmen. Wir vermögen ihr Ende nicht abzuschäten; doch wir können ihre Tragweite bemessen und daraus die Richtlinie für unser Urteil ableiten.

Leicht ist es allerdings nicht, sich zurecht zu finden. Noch selten hat sich ein Krieg berartig hinter die Maske des Ungewissen verborgen. Darum aber gilt es, klaren Blick zu behalten, zu wissen, daß es um die Grundlagen unserer Kultur und Gesellschaftsordnung geht, um die Frage, ob der Mensch vor der Masse kapituliert oder nicht. Es hat den Anschein, als vollziehe sich der gegenwärtige Krieg in umgekehrter Reihenfolge wie der vergangene. Hatte jener als gewaltiger Butausbruch begonnen, um in einen erbittersten Zermürbungskampf auszulausen, so äußert sich das heutige Ringen vorerst als Nervens und Wirtschaftskrieg mit dem Ziel der Ausmergelung des innerlich weniger starken Gegners.

Von diesem Standpunkt öffnet sich die Aussicht auf einen langen Krieg, eine Schlußfolgerung, die sich der nüchternen überlegung, entgegen allen stillen Hoffnungen aufgedrängt. Wie es wirklich kommt, darauf wird man kaum eine schlüssige Antwort geben wollen. Unsere Aufgabe geht vielmehr dahin, die Wirklichkeit zu erfassen und das Notwendige vorzukehren, das heißt, wir müssen uns den außergewöhnlichen Zeiten anpassen und gleichzeitig stets auf den übergang zu normalen Zuständen vorbereitet sein.

Damit steht für uns als neutrales, am Kriege nicht beteiligtes Land die Wirtschaft im Mittelpunkt der Problematik, im besonderen die Kriegs-wirtschaft, in einem den gesamten ökonomischen Vorgang umfassenden Sinne. Hiegen die Schlüsselpositionen unseres Daseinskampses, und

es kommt sehr darauf an, den Überblick nicht zu verlieren. Nicht nur bieten sich in diesem Bereich die eigentlichen Schwierigkeiten aus der Kriegssituation, sondern vom Kreislauf der Produktion aus beziehen Bolk und Staat ihre allgemeinen Lebensenergien. Daher heischt die Wirtschaft unsere vorwiegende Sorge, wobei wir das Ganze in Bezug auf den Krieg und den kommenden Frieden im Auge behalten müssen.

Dazu ist vorerst nötig, unsere Ausgangsposition zu kennen, damit wir die unerläßliche Korrektur an den Ersahrungstatsachen des vergangenen Weltkrieges vornehmen können. Ebensosehr haben wir uns bei aller Anerkennung der Wirtschaftswissenschaft vor dem allzu weitgehenden Glauben an theoretische Schlußsolgerungen zu hüten. Es ist praktisch ein Jrrtum, die Wirtschaft als etwas von Grund auf Dirigierbares zu betrachten. So paradox es klingt, so wahr ist der Sat: Je weitgehender der Staat die Wirtschaft lenkt, umso auswegloser wird ihre Lage. Daran ist allerdings nicht etwa die Unrichtigkeit der theoretischen Planung schuld, wohl aber das faktische Versagen einer den weltwirtschaftlichen Grundwahrheiten entgegenstehenden Blickrichtung und Denkweise.

Das Abweichen vom naturgemäß Wirtschaftlichen und seine wesensschembe Verzweckung sind unseres Erachtens nicht die unbedeutendsten Ursachen der herrschenden Krise. Diese fundamentale Tatsache muß in Erinnerung gerusen werden, um zu zeigen, daß die Notwendigkeit einer staatlich gelenkten und damit beherrschten Wirtschaft aus einem Krankheitszustand, aus der Verkümmerung der ötonomischen Vernunft der Völker, sich erklärt. So unumgänglich die dirigierte Wirtschaft heute ist, so deutslich ist sie als Regime eines leidenden Organismus' zu verstehen, dem der Weg zur Selbstheilung nicht versperrt, sondern geebnet werden soll. Selbstverständlich geht das nicht für Kriegszeiten. Aber es ist eine Zielsetung und eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Kichtigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Sinne einer Befriedung der Welt.

Der heutige Krieg fand uns politisch und wirtschaftlich mitten in einer Wandlung. Namentlich im Gebiete der Okonomie sind wir weitgehend erschüttert. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß wir in ausgesprochener Krisenstellung in den Krieg hinüberglitten. Der Ausgangspunkt des Konssliktes ist entschieden ungünstiger, unsicherer, umstürzlerischer als vor 25 Jahren, sonderlich in Betreff unserer geistigen Haltung. Ein Vergleich der seelischen Reaktionen der breiten Offentlichkeit 1914 mit heute vermittelt den Eindruck einer erschreckten, verbissenen Fatalität und unterbewußeten Ratlosigkeit.

Einen andern Umstand noch darf man nicht übersehen: die Künstlichteit des wirtschaftlichen Vorgangs unserer Tage, die gewollte, durch Arbeitsbeschaffung und Küstung von Staats wegen bewirkte Konjunktur, sowie die Tatsache des unmittelbaren und vollen Wirtschaftseinsahes in die Machtpolitik. Es ist wichtig zu wissen, daß der Krieg auf eine beherrschte, wenigstens stark behandelte Wirtschaft tras. Man empfand daher den übergang auch nicht so sehr als einen Einbruch ins Normale, sondern eher als Folge einer lang zurückreichenden Entwicklung.

Der gedankliche Hintergrund wird sich zur Erarbeitung konstruktiver Lösungslinien und in Bezug auf die ökonomische und soziale Gesinnungs-bildung nütlich erweisen. Es ist nicht ganz überflüssig, von Anfang an die Gesahr aufzuzeichnen, die darin besteht, daß der neue Weltkrieg, der die vorhandenen Tendenzen zwangsläusig verstärkt, zur Verewigung der To-talität des Staates führt, woran Europa zu Grunde gehen könnte.

Die Frage für uns lautet also, erstlich die shstematische Umlenkung der Wirtschaft auf den Krieg zu vollziehen, uns den dadurch gegebenen Schwierigkeiten gewachsen zu zeigen und uns auf den kommenden Frieden laufend vorzubereiten, damit uns schwere soziale Erschütterungen nach Möglichkeit erspart bleiben. Kurz ausgedrückt handelt es sich um die Vershinderung einer hemmungslosen Inflation, wie sie sich aus dem Einschrumpsen des Realeinkommens und der Aufblähung des Geldeinkommens ergeben muß. Das sind somit Probleme der Wirtschaftsbeeinflussung. Aber es ist dabei nicht weniger ausschlaggebend, welche Wege eingeschlagen, welche Mittel angewandt werden, und ob es gelingt, das Experiment von verhängnisvollen sozialen und politischen Einwirkungen freizuhalten.

Die sachlichen, äußeren Hemmungen, die unsere Wirtschaft im Kriege zu überwinden hat, sind mannigsach. Sie gruppieren sich um den Zusammenhang zwischen unserem Import und Export. Man muß vor übertriebenen Hoffnungen auf ein unmittelbares Kriegsgeschäft warnen, obwohl sich aus dem Krieg als solchem und aus der voraussichtlichen Eigenart der internationalen Wirtschaftspolitik im Kriege für uns bestimmte Vorteile ergeben mögen.

Die Schwierigkeiten fließen einmal aus den Bedürfnissen der Rohstoffversorgung und Ausspeicherung seitens der europäischen Staaten, aus den Exportverboten, welche die bisherige Wirtschaftsrichtung umkehren und vorwiegend auf Transportschwierigkeiten beruhen. Dazu treten die Importsperren der Kriegführenden gegenüber den Luxusprodukten, was gewisse Zweige unserer Industrie schwer trifft und zu Umstellungen zwingt.

Die politischen Hindernisse und Gefährdungen, die sich zusolge des von Ansang an durchorganisierten Wirtschaftskrieges erheben, gestalten das Wirtschaften für die Neutralen zu einer unter Umständen äußerst bedrohlichen und verlustreichen Angelegenheit. Sollte sich der Wirtschaftskrieg mehr und mehr verschärfen, so stellt er die Neutralen möglicherweise vor eine Existenzfrage. Man tut gut daran, energisch auf eine Verstärkung der Importe und der Lagerhaltung zu drücken, zum mindesten solange, als die Lage noch völlig unabgeklärt ist.

Werden Export und Import und damit unser nationaler Arbeitsvorgang demzusolge unter Umständen mit wachsenden Komplikationen zu rechenen haben, so darf man hinwiederum nicht übersehen, daß in der Abhängigkeit auch der kriegführenden Mächte vom Weitersunktionieren ihrer

Wirtschaft bestimmte, nicht zu unterschätzende Vorteile liegen. Die kämpsenden Großstaaten werden es sich angelegen sein lassen, zu verhüten, ihre internationalen ökonomischen Beziehungen allzusehr zu vernachlässigen. Man darf hossen, daß wir von der durch die Staatsraison gebotenen Notwendigkeit, trot allem irgendwie zu wirtschaften, prositieren. Denn, nach unserer Ansicht könnte gerade diese überlegung — abgesehen von politischen Rücksichten — die hemmungslose Verwirklichung des Wirtschaftsstrieges den Neutralen gegenüber verhindern. In dieser Richtung handelnd, kommt es sehr darauf an, daß unsere Wirtschaftss und Staatssührung das Richtige tut, indem sie die hier entstehenden Gelegenheiten im Sinne einer Verdichtung des direkten Warenaustausches benützt und zwar nicht nur zu Gunsten der lausenden Speisung unseres Imports, sondern nicht zusletzt wegen der mit der Goldeinsuhr und dem Kapitalexport ersahrungssgemäß verbundenen Inflationsgesahr.

Damit haben wir in groben Umrissen angedeutet, wo die ausschlagsgebenden Bereiche unserer Wirtschaftspolitik im Kriege liegen und wo voraussichtlich die gefährlichsten Klippen sind. Unsere Aufgabe heißt: Aufrechterhaltung und kräftige Steigerung von Import und Export. Das ist nicht einsach. Es hängt Entscheidendes von der Klugheit und Ausdauer der verantwortlichen Leitung, sowie von der Kücksichtnahme, der Einsicht und den Bedürsnissen der Kriegführenden ab, die unsere Auslandstransporte kontrollieren. Man braucht dabei kein Schwarzseher zu sein, um sestzusstellen, daß der Krieg unsere Handelsbeziehungen stark beeinträchtigt. Die Aussichten auf ein Kriegsgeschäft sind durchaus nicht eindeutig. Daß es, namentlich bei längerer Kriegsdauer, normalerweise eintritt, scheint außer Zweisel. Übersteigerte Kriegsgewinne wie vor 20 Jahren sind jedoch unswahrscheinlich, weil die staatliche Wirtschaftssund Preisüberwachung besser organisiert ist als ehedem, und da die sozialen Leistungen von Anbeginn an die Betriebe stark beanspruchen.

Daneben bringt ber Arieg im Innern manche Umstellung und Berluftpositionen, die das, was mehr einkommt, automatisch ausgleichen. Unsere Produktion hat einerseits dem gesteigerten Heeresbedarf zu genügen,
muß also verstärkt werden, und gleichzeitig stehen wir vor dem Zwang
einer geordneten Beschränkung des Verbrauchs wegen verringerter Vorräte. Daraus folgt die Notwendigkeit einer zentralen Wirtschaftsüberwachung, zumindest einer Wirtschaftsbehandlung von oben herab, wenn
man die Regulierung nicht der freien Preisbisdung überlassen wiss. Das
erscheint unabwendbar; aber trozdem sind hier einige Überlegungen am
Plaze, besonders im Hinblick auf eine spätere Zurücksührung der Wirtschaft in den Normalzustand. Wir wissen, daß der Arieg die bereits sortgeschrittene Bindung der Wirtschaft in und an den Staat verstärkt. Sett
man die politischen und sozialen Aräfte und Anschauungen, wie sie beispielsweise in den Wirtschaftsartikeln eine versassungsmäßige Formulierung gefunden haben, in die Rechnung ein, so erkennt man die Tendenz,

eine Entwicklung festzulegen, welche die Grundlagen unserer demokratisschen Staatss und Wirtschaftsordnung völlig umgestaltet. Der Staat und seine Apparatur, die politischen Einflüsse, die Beamten gelangen zur Wirtschaftsbeherrschung und damit zu einer besorgnißerregenden Machtstellung.

So unumgänglich bemnach die staatliche Wirtschaftslenkung augenblicklich ist, so sehr sollte man sie in klaren Grenzen halten. Mit allem Nachdruck ist der Notstandscharakter der kriegswirtschaftlichen Organisationen zu betonen, d. h. die Verpflichtung zu ihrer raschen Liquidation im künftigen Frieden. Bei der Neigung behördlicher Einrichtungen, sich zu verewigen, erscheint diese Mahnung nicht überflüssig. Die angedeuteten Mängel wären bestimmt weit geringer, wenn sich der politische Faktor aus diesen Auseinandersetzungen ausschalten ließe und die Wirtschaft vom Staate wirklich nach ökonomischen Belangen geleitet würde. Auch der Theoretiker übersieht allzuleicht, daß der Staat etwas grundsätlich von der Wirtschaft Verschiedenes ist, und daß Dinge, die sich auf dem Papier recht schön machen, de facto ganz anders aussehen. An Stelle der Koordination tritt öfters eine Vermengung wesensfremder Zwecke.

Rrieg und Grenzbesetzung bescheren uns überdies eine Reihe ernster sozialer Aufgaben. Die Abnahme der Produktivität der Produktion, die Arisenstellung gewisser Wirtschaftszweige, Absahmierigkeiten, Aussuhrssperren, Erhöhung des Risikos der Lagerhaltung und anderes mehr beslasten unseren Wirtschaftskörper. Die Gefahr sozialer Spannungen, die weder übersehen noch verschwiegen werden darf, auferlegt uns eine große politische Verantwortung, und es wäre schwierig, wieder gutzumachen, wenn politische Unfähigkeit unsere lebenswichtigen Probleme der Machtspolitik von Interesse und Parteigruppen auslieferte.

Man wird somit die Maßnahmen unserer Regierung, wie sie im ersten Neutralitätsbericht dargelegt sind, verstehen und anerkennen (Bundesbl. II/S. 600—661, Nr. 3971). Aber man sollte dabei nur unter der Bor-aussehung eines Notstandes zustimmen. Damit ist uns die Möglichkeit selbstredend nicht genommen, im gegebenen Augenblick das Bleibende, all-gemein Gültige in unsere Staatsordnung einzubauen.

überblickt man die bisher getroffenen Maßnahmen, so fällt eine eklatante Zunahme der Staatsgewalt auf allen Gebieten, im öffentlichen und privaten Lebensbereich auf. Preiskontrolle, Rationierung und die für unsfere Neutralität lebenswichtige Überwachung des Außenhandels, starke Eingriffsbefugnisse in die geltende Rechtsordnung und den Wirtschaftssprozeß kennzeichnen die Ariegswirtschaft. Die Besehlss und Strafgewalt gegenüber den Betrieben überbürdet den betreffenden Instanzen eine recht große Verantwortung.

Eine verfassungsmäßig verbürgte Freiheit besteht in der Wirtschaft augenblicklich nicht mehr. Die Behörden können Betriebe schließen und im Einzelnen Borschriften hinsichtlich der Fabrikation, der Geschäftsgestal= tung, der Lagerhaltung usw. machen. Die allgemeine kriegswirtschaftliche Organisation bes Volkswirtschaftsbepartements enthält die Grundlagen eines Korporationsstaates. Un der Spize steht der Departementsvorsteher, sowie der Delegierte für Kriegswirtschaft. Daran gliedert sich das Generalsekretariat mit seinen zwei Sektionen: der Preiskontrolle und der Unterabteilung für Rechtswesen.

Die Zentralftelle für Kriegswirtschaft koordiniert die einzelnen kriegs wirtschaftlichen Amter, beschäftigt sich vorwiegend mit Fragen der Gesetzgebung und bes Rechts. Sie ift gleichsam bas oberfte Bureau ber friegswirtschaftlichen Rommanbantur; ihre Sauptsektionen find: bas Rriegsernabrungsamt, bas Rriegsinduftrie- und Arbeitsamt, bas Rriegstransportamt, bie Handelsabteilung und bas Rriegsfürsorgeamt. Die Amter ihrerseits zerfallen wiederum in eine ganze Reihe von Unterabteilungen. Daneben stehen, sozusagen dirett auf der Ebene der handelnden Wirtschaft, die friegswirtschaftlichen Synditate, als Erganzungsorganisationen berufftandischer Art. Sie find vom Departement abhängig und follen die Zusammenarbeit prattisch verburgen, mogu sie weitgebende Rompetenzen im Sinne einer Allgemeinverbindlichkeit ihrer Beschlusse besiten. Ihre Aufgaben betreffen Ein- und Ausfuhr, Lagerhaltung, Transport- und Produktionsfragen, und sie haben sich mit der bestimmungsgemäßen Berteilung und Berwendung ber vom Bolkswirtschaftsbevartement bezeichneten Baren zu beschäftigen. Sie tonnen Gebühren erheben, und mit Genehmigung bes Departements bürfen ihre Statuten Beisungen enthalten, die von den Borschriften bes Privatrechts abweichen. Da diese Syndikate die Anordnungen der Oberbehörde befolgen muffen, und der Beitritt obligatorisch erklärt werden tann, so wird man die Staatsintervention ober wenigstens die Möglichkeit bazu nicht zu gering einschäten (Bundesbeschluß vom 22. Sept. 1939).

Wichtiger noch als die Struktur der kriegswirtschaftlichen Organisationen ift die Frage der Art und Weise ihres Funktionierens, deren Beantwortung wiederum ftart von den verantwortlichen Perfonlichkeiten abhängt. Es ift nicht gleichgültig, ob der Beamte oder der Birtichafter den Ton angibt. Ein gemeinsames Wirken von Braktiker und Behörde ist heute unerläklich und man muß zugeben, daß sie in der friegswirtschaftlichen Ordnung bes Bundesrates organisatorisch gesucht wird. Ob man sie findet und richtig verwirklicht, wird die Erfahrung lehren. Wiewohl wir bas Beste hoffen, ift man begreiflicherweise nicht gang frei von Besorgnissen über die Befahr einer Berbeamtung in wirtschaftlichen Dingen. Das Net von Umteftellen, bas sich um den ötonomischen Körper spannt, ift ein notwendiges, aber mit Borficht zu gebrauchenbes Inftrument. Dag bie Busammenarbeit bei gutem Willen und nach reinen ökonomischen Belangen gestaltet, von dauernbem Erfolg fein könnte, ift unbestritten. Nur mußte man bon Unfang an der Gravitationskraft der Verstaatlichung und insbesondere der Politisierung energisch begegnen. Denn eines steht fest, die Macht- und Interessegruppen werden sich nach Kräften einschalten, ganz abgesehen von der Tendenz der Bureaukratie zum Selbstzweck. Mögen wir uns in unserem Mißtrauen irren, umso besser. Die Erfahrung und der Zustand unserer Wirtschaft geben der Aussicht auf eine wachsende Sozialisierung der Wirtschaft größere Wahrscheinlichkeit, als auf eine wirtschaftlichere Einstellung des Staates.

Der Reibungsverlust durch Leerlauf sollte nicht minder übersehen werden und die Befürchtung, daß mehr Verordnungen als Taten produziert werden, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Die kompromißshafte, unsustentische Intervention, wie sie sich bei uns aus der politischen Eigenart ergibt, enthält an sich Unzulänglichkeiten, gleichzeitig aber auch die Einladung zur totalen Bewirtschaftung, die immer besser arbeitet als die halben Maßnahmen. Diese offensichtliche, doch zwangsläusige Inkonsequenz unserer Methoden ist gerade das Schlimme, und wir sollten einssehen, daß wir prinzipiell und nicht nur graduell unsere eigenen Wege gehen müssen, anstatt uns einer Denkweise anzuschließen, die wir ohne Berstörung unserer Fundamente nicht folgerichtig durchsehen dürsen.

Aber wir werden den uns gestellten Aufgaben nicht gerecht, ohne Betrachtung der finanzpolitischen Seite der Ariegswirtschaft. Sie ist nicht nur an sich äußerst wichtig, sie steht außerdem in ursächlichem Zusammenshang mit den wirtschaftlichen Dingen, die von der finanziellen Seite in gutem oder üblem Sinne beeinslußt werden. Wiederum ist hervorzuheben, daß auch hier der Arieg eine höchst unsichere und gespannte Lage nicht erst schafft. Er steigert vielmehr längst vorhandene Schwierigkeiten in ausgesprochenem Maße und zwingt zu außergewöhnlichen Vorkehrungen, da wir zu den vielen Milliarden der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen überschuldung noch die gewaltigen Ariegsausgaben zu bewältigen haben.

Man muß sich stets vor Augen halten: unser Finanzauswand hat neben den zusätlichen Mobilisationskosten eine allgemeine Not der öffentslichen Finanzen zu überwinden. Es bedarf gesamthafter, durchgreisender Maßnahmen, um eine tragbare und politisch mögliche Lösung zu sinden. Sie kann nicht lediglich darin bestehen, die Staatseinnahmen massiv zu steigern. Erst in dem allgemeinen, die öffentlichen Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden berücksichtigenden Zusammenhang begreist man die Bedeutung der an uns gestellten Ansorderung.

Ausgehend von der Basis der Landesverteidigungskredite von 950 Millionen, bei voraussichtlichen Verteidigungskosten von jährlich rund 1,8 Milliarden und zuzüglichen Leistungen für Wehrmannshilse von täglich einer Million, haben wir dis Ende Juni 1940 mit ca. 2,5 Milliarden Fr. neuen Schulden zu rechnen. Die Bedürsnisse der öffentlichen Hand sind demenach außerordentlich, und es ist angesichts der verwickelten Struktur und der Uneinheitlichkeit unseres Finanzausbaus ein hartes Stück Arbeit, den richtigen Weg zu bahnen. Die eigentlichen Probleme sind nicht technischer Natur. Sie betressen das Gebiet der Politik aus dem Verhältnis zwischen Bund und Kantonen und werden durch die Ungleichheit der 25 Steuer-

shsteme äußerst kompliziert. Der Mangel an Klarheit und Sachlichkeit, ber unserer Finanzentwicklung seit jeher anhaftete, erweist sich immer beutlicher als ernstliches hindernis. Unser Finanzshstem hat entgegen der ursprünglichen, von den kantonalen Geldkontingenten ausgehenden Anordnung zu einer zunehmenden Verquickung und Verfilzung zwischen Bund und Kantonen geführt, nicht zu reden von den oft ausschließlich politisch bedingten, ungenügenden, nicht selten einseitigen Gesetzgebungen einzelner Kantone.

Es wird schwer halten, in bas Schlinggewächs ber bundesstaatlichen Kinanzen eine einigermaßen geordnete und vollständige Planung einzubauen. Es braucht dazu eine möglichst durchdachte Rlarstellung des Finanzausgleichs, mas ohne einsichtige solidarische Mitarbeit in den Kantonen im Beifte eines modernisierten Foderalismus nicht zu erreichen ift. Soziale und wirtschaftliche Rücksicht in Bezug auf die wirkliche Totalbelaftung des Bürgers vom Bund über den Kanton bis hinunter zu den Gemeinden kommt hinzu, und es erscheint als unumgänglich, die politische Praxis in Finanzsachen von Grund auf zu revidieren und nicht allein die Frage zu stellen, wie man mehr Geld eintreibt. Die staatspolitische Rlugheit verlangt die Schaffung einer unbedingten Bertrauensbasis, b. h. ben Bergicht auf bas politische Geschäft und ben faulen Rompromiß, mit anderen Worten eine Gefinnungsreform innerhalb der offiziellen Politit, wie sie mit aller Deutlichkeit in ber Abstimmung vom 3. Dezember 1939 gefordert wurde. Sinn für das Durchführbare, wirksamer Sparwille, Sauberkeit und verpflichtende Abrundung des Programms, nebst Aufzeigung seiner Auswirkung gemeinsam mit den Rantons- und Bemeindelasten für den Einzelnen, maren die Voraussetungen zur Kriegsfinangreform.

Das Programm, das man im Bundeshaus beabsichtigt, und das in großen Zügen bekannt ist, sucht die Lösung unter dem Druck des Geldbedarfs und der wachsenden Defizite ziemlich einseitig von der Einnahmesseite her. Es strebt offensichtlich nach einer gewissen Totolität und Lastenverteilung, ohne daß man naturgemäß seine Ausstrahlungen heute schon überblicken kann. Es genügt nicht, die Steuervorhaben zu kennen. Ebenso wichtig wird die besondere Veranlagung, der Ausbau im Einzelnen und die jeweilige Elastizität der projektierten Maßnahmen sein. Bevor sich die Botschaft darüber nicht geäußert und die Diskussion gewaltet hat, ist man auf allgemeinere Betrachtungen angewiesen. Soweit sie, vorsichtig gehandhabt, zur Abklärung des öffentlichen Gesprächs dienen, mögen sie immerhin am Plate sein.

Die einfachste, am wenigsten ergiebige Neuerung, die der Bundesrat bereits aus eigener Kompetenz erlassen hat, ist die Verdoppelung der Mislitärersatsteuer. Materiell wird das kaum bedeutsam sein, wenn man auch anderseits die politische und soziale Tragweite in Zeiten der Grenzbesetzung nicht unterschätzen soll. Wegen der Bestimmung, welche die Hälfte des

Ertrags den Kantonen zuweist, wird es sich um wenige Millionen hanbeln. Die Steuer warf 1938 4,1 Millionen ab. Eine Verdoppelung dieser Summe ist im Hinblick auf die Nachmusterungen und mannigsaltige Erweiterung der Dienstpslicht nicht zu erwarten. Man wird demnach künstig einen Gesamtertrag von rund 6 Millionen annehmen dürsen, d. h. 3 Millionen für den Bund.

Wichtiger und interessanter ist schon die vorgeschlagene Kriegsgewinnsteuer. Man wird darauf achten mussen, die Abgabe möglichst beweglich zu halten, damit sie sich bem wirtschaftlichen Borgang laufend und am richtigen Ort anzupaffen vermag. Richt zulett wird eine Kriegsgewinnsteuer im Ergebnis von der Klugheit unserer Wirtschaftspolitik bestimmt fein. Im Weltkrieg hat man, obgleich verspätet einsetend, teine schlechten Erfahrungen mit der Kriegsgewinntage gemacht. Sie brachte allen Vorausschätzungen zum Trot total über 700 Millionen ein. Heute allerdings liegen die Aussichten weniger gunftig, wie wir bereits angebeutet haben. Was bisher bekannt wurde, soll beabsichtigt sein, die Jahre 1936—1938 als Bergleichsbafis heranzuziehen, etwas hinzuzuschlagen und bann erft mit der Priegsgewinnsteuer zu beginnen und das mit anfänglich geringen, anderseits aber wiederum fehr ftarken Unfagen. Bevor man die Steuer im Detail kennt, hat es wenig Wert, sich barüber zu äußern, wie ja auch ihr endlicher Erfolg von den noch völlig dunkeln Geschehnissen abhängen wird.

Das längst vorausgesagte Wehropser hat einen weiteren Teil der neuen Schuld zu beden. Es ist als einmalige, in Raten auf 2—3 Jahre verteilte Vermögensabgabe gedacht und zwar mit breitester Basis. Ob die untere Grenze bei 5000 oder 10000 Franken liegt, weiß man noch nicht; in bezug auf die Ansätze spricht man von 1,5 % Minimum und 3 % Maximum. Überdies soll die überschießende Progression oder Teilmengensstaffelung vorgesehen sein. Die Höchstsätze würden somit nicht auf die Gesamtvermögen angewandt, und der Besteuerte genösse den Borteil der Ermäßigung der niedrigeren Stufen. Die Frage erhebt sich hier, inwiesweit man sich zu einer wirklich allgemeinen Veranlagung dieses Wehrsopsers entschließt, oder ob die politischen Einslüsse im Stande sind, den wahrhaft nationalen Charakter der Abgabe zu beeinträchtigen. Es wäre beispielsweise durchaus am Platze, die Belastung der in Pensionskassen Versicherten mit dem jeweiligen Rückausswert ihrer Kenten zu fordern und ebenso die Kantonalbanken und die Elektrizitätswerke einzubeziehen.

Neben das Wehropfer tritt noch die Wehrsteuer als eine der wesentlichsten Deckungsmaßnahmen. Sie stellt sich als umgewandelte, d. h. erweiterte und verschärfte Krisensteuer vor. Sie besitzt den Vorteil, als Zwischenglied zwischen Vermögens- und Einkommenssteuer bereits eingespielt zu sein und erfaßt das Einkommen aus dem Erwerd und jenen Vermögensteilen, die nicht schon an der Quelle belastet werden können, beispielsweise Liegenschaften oder Hypotheken. Allerdings muß man verlangen, daß unter Berücksichtigung sozialer Belange in bezug auf den Familienschut möglichst breite Schichten mittragen helfen.

Außerdem schlägt der Bundesrat eine Erweiterung der Couponsteuer vor unter Ginschluß der Sparhefte, wenigstens von einem gewissen Binserträgnis an. Gin Aftiencoupon wurde mit 11 %, ein Sparkassenheft mit 5 % versteuert. Auf den Objekten, welche die erweiterte Couponsteuer bezahlen mußten, fiele die Wehrsteuer weg. Damit hat man die Besteuerung bes Bermögensertrages an der Quelle in eine ichon bestehende Steuer hineingearbeitet und hofft, fo die politischen Schwierigkeiten und eine übermäßige Romplikation ber Steuermaschinerie, wie sie mit den Projekten Streuli und Reller-Reute verbunden maren, zu umgehen, namentlich die Tangierung der kantonalen Finanghoheit. Der Ertrag dieser Steuer wird optimistisch eingeschätt, wobei jedoch die Beteiligung der Kantone in Betracht fällt. Überhaupt sieht man bei den vorgenannten Steuern die Unteilberechtigung der Kantone vor. Die politischen Ermägungen sind eben immer noch gewichtiger als die strenge Finanzlogik, und die alte Methode, die Einzelstaaten für ihre Bustimmung gur Steigerung ber Steuerbefugnisse bes Bundes zu töbern, bleibt bestehen. Wir haben es also nicht mit einer grundfählichen Finangreform zu tun, wohl aber mit einer auf bem Bisherigen aufbauenden Aufstodung der gewohnten Finanzpolitik.

Als billigstes Finanzierungsmittel hat man, nicht gerade zur Freude der Nationalbank, den Abwertungsgewinn herangezogen. Bon den noch verfügbaren 380 Millionen beansprucht man 350 Millionen. An eine Aufswertung des Frankens ist nicht zu denken, eher ans Gegenteil. Darum macht man sich im Bundeshaus kein zu großes Kopfzerbrechen über die Konservierung des Abwertungsgewinnes.

Bur endlichen Abrundung des Steuerbuketts dient eine auf 10 Jahre geplante Umfatsteuer mit einmaliger Besteuerung bes Umfates zur Bermeibung einer unnötigen Verteuerung der Lebenshaltung. Man benkt nicht etwa an eine Rapitalumsatsteuer, sondern an eine Abgabe ausschließlich auf dem Warenumsat. Nach vorliegenden Berechnungen der Fachleute wird sich bei niedrigen Ansätzen ein voraussichtlicher Ertrag von ungefähr 70 Millionen ergeben. Die Umfatsteuer mußte kommen; bas war zu erwarten. Nur ist mit Nachbruck barauf hinzuweisen, daß damit die jungft beschloffene Ausgleichsfteuer auf Großbetriebe bes Ginzelhandels neuerdings zur Diskussion gestellt ift. Es ift unzulässig, die bavon betroffenen Unternehmungen nochmals zusählich zu belaften. Das wäre umfo weniger gerechtfertigt, als ber Titel, unter bem die Ausgleichssteuer vom Volte angenommen ift, die Dedung bes zivilen Arbeitsbeschaffungsvorhabens, bei ber gegenwärtigen Lage bahinfällt. Unter allen Umftanben sollte bei der Behandlung der Umsatsteuer in dieser Richtung Rlarheit geschaffen und ein unerfreuliches Gebilbe liquidiert werden.

Die Meinungen über ben geschilberten Einnahmeplan, bessen Rote wendigkeit niemand leugnen kann, geben naturgemäß auseinander, indem

von gewisser Seite eine grundsählich neue, bleibende Finanzresorm, gewissermaßen eine Totalrevision der eidgenössischen Finanzordnung postuliert wird. Demgegenüber lassen andere Kreise nur ein Rotstandsprogramm gelten unter Ablehnung einer definitiven Regelung in abnormalen Kriegszeiten. Es gibt gewichtige politische und wirtschaftliche Gründe, die für diese letzte Anschauung sprechen, wohingegen Theorie und Logik mehr Reigung zu einer gründlichen Umwandlung im Sinne einer Bereinigung und Progression der vorhandenen Ansätze zeigen.

Wir möchten die Diskussion vom Katheber aus nicht erweitern. Uns liegt das praktische Gesicht der Angelegenheit näher. Es ist wünschar, die Mobilisationskosten so weit und rasch wie möglich durch Steuern und Anleihen lausend zu decken unter Beanspruchung eines Gutteils der jährelichen Investitionskaufkraft. Ihre völlige Wegnahme wäre jedoch versehlt; einen Teil der Inflationserscheinungen braucht man zur Ankurbelung der Produktion. Immerhin verdienen die von Kehnes entwickelten, für die Schweiz von Prof. Böhler durchdachten Anschauungen von der Wegesteuerung der zusählichen Lohneinkommen oder ihrer Konservierung in der Form von — dem Staate zusließenden — Sparkapitalien zur Bekämpsung der inflationistischen Preissteuerung große Beachtung, indem sie den entscheidenden Zusammenhang zwischen der Kriegswirtschaft, den Preisen und Fiskalmaßnahmen herausarbeiten.

So klug man die Finanzpolitik zur Verringerung der Kaufkraft gegenüber einem schrumpfenden Realeinkommen einsehen kann, ebenso berechtigt
ist es, auf Grund der bisherigen politischen Ersahrungen einige kritische Bemerkungen zu Handen des Kriegsprogramms anzubringen. Erstlich interessiert, was der Einzelne nach Verwirklichung dieser Steuern neben
der Erhöhung der kantonalen und kommunalen Steuersähe wirklich zu
zahlen hat. Aller Voraussicht nach ergeben sich unter Hinzuzählung der
zweiprozentigen Lohnabgabe in die Ausgleichskassen Belastungen, die so
hoch sind, daß sie schwerwiegende Auswirkungen zeigen werden. Darüber
wird keine theoretische Erkenntnis hinweghelsen, da man mit einer grundsählichen Umkrempelung unseres Finanzschkems praktisch kaum rechnen
kann. Man wird eben wenigstens vorläusig einen gangbaren Mittelweg
zwischen Anleihen und Steuern suchen müssen. Überdies ergibt sich unseres Erachtens die Abzugsberechtigung der Beiträge in die Ausgleichskasse.

Zudem fällt bei den dargelegten Projekten der Mangel an konskruktiven Sparmaßnahmen auf. Die Verlängerung des bisherigen sogenannten Sparprogramms macht keinen allzu großen Eindruck. Das Werk der sinanziellen Landesverteidigung, wie man das Finanzprogramm bereits propagandistisch getauft hat, ist unvollskändig ohne ausreichenden Sparvorsak von Seiten des Staates. Die Volksabstimmung vom 3. Dezember 1939 hat in dieser Beziehung den eindeutigen Volkswillen klargestellt, und man erwartet nicht nur in Sachen Sanie-

rungsgesetzen für die S. B. B. und die Pensionskassen einen anderen Kurs. Gleicherweise überholt ist unter waltenden Verhältnissen die Arbeitsbeschaffung im bisherigen Ausmaß, und ebensowenig sollte man noch nenenswerte Arbeitslosenunterstützungen aufzubringen haben. Die Grenzebestung, der Festungsbau und die schöpferische Ausgestaltung des Arsbeitsdienstes geben dem Bunde die Handhabe, diese Seite der Soziallasten sichtbar zu reduzieren.

In Sonderheit dürfte man das Grundübel unserer Tagespolitik unter die Lupe nehmen: die Subventionen. Es ist nicht einzusehen, weshalb man die Landwirtschaft bei steigenden Preisen und wachsenden Absamöglichsteiten, beim automatischen Rückgang des Auswandes für die Getreidesstützung nicht ohne Schaden von der Subventionskrankheit heilen könnte. Die Milch und der Käse wären unbedingt in der Lage, ohne die bisherigen Riesenunterstützungen auszukommen. Damit würde man nicht nur ergiesbig einsparen, man erwiese darüber hinaus ganz allgemein dem Lande einen großen Dienst, weil man zur natürlichen Gesundung wichtiger Wirtschaftszweige in der Richtung einer befördernden Befreiung beitrüge.

Es wäre ein Fehler, nicht alles daran zu setzen, um die gesellschaftliche Struktur des Landes durch den Krieg hindurchzubringen, sonst kommt es zu bedenklichen sozialen Umwälzungen. Während die ganz großen Bermögen sich leichter heraussinden, wird die Steuerkumulation auf den mitteleren Lagen, die viel schwieriger ausweichen können, am krassesten und gefährlichsten. Daher muß man Bedacht haben, die Mittelklasse nach Mögelichkeit zu schonen und zu erhalten. Gelingt das nicht, dann lausen wir Gesahr, einer Revolutionierung zum Opfer zu fallen, wie das ausländische Beispiel lehrt. Man vergesse nicht, die beschriebene Finanzkur ist für die Deckung der Ausgaben des ersten Kriegsjahres berechnet. Wie sich das zweite gestaltet, darüber liegt der Schleier der Zukunst. Darum muß man auf eine abgewogene, zwischen Bund und Kantonen kombinierende, nach Krästen auch abklärende Finanzplanung dringen, um einem Steuerbolsches wismus zu begegnen.

Nicht zulett sollte man dem Appell an den Opferwillen, den Mut des Staates und der Parteipolitiker zum wirklich sachlichen Handeln ergänzend an die Seite stellen. Denn, vermag man heute unter dem Druck der Not nicht zu sparen und zu revidieren, dann wird es überhaupt nie dazu kommen. Mit Recht fordert man vom Volk Disziplin und Entschlossenheit, der Heimat zuliebe sich einzuschränken. Aber dieser Anruf sett voraus, daß man von oben herab dasselbe tut, weil sonst die zur Bewältigung der großen Aufgaben unerläßliche Festigkeit des Vertrauens mangelt.

Doch die Entscheidung über unser ökonomisches Schicksal fällt unter bem Vorbehalt des Unvorhergesehenen eindeutig auf dem Gebiete der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Die ganze Wirtschaftslenkung versehlt ihren Sinn, sofern sie nicht unbedingt auf Produktionssteigerung als wirstungsvollste Instationsbekämpfung eingestellt ist. Jede Arbeitskraft, die

größmöglichste Produktionskapazität sollten ausgenütt werden. Wo die Arbeitskräfte sehlen, ist der Betriebsvorgang zu rationalisieren und die Arbeitszeit zu verlängern. Vorkehrungen zur Ausrechterhaltung und Umstellung von Betrieben, Umleitungen aus dem Baugewerbe in andere Beschäftigungszweige, der Einsat von Frauenarbeit und die Rücksichtnahme der Militärbehörden auf den Wirtschaftsprozeß, sind einige Andeutungen, in welcher Beziehung man handeln muß. Besonders jedoch verlangt unssere Lage eine aktive und entschlossene Exportsörderung unter Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Möglichkeiten. Zusolge der unsicheren Wirtschaftslage in Deutschland unter Einbeziehung seiner Expansion über Osterreich, die Tschechei und Polen, müssen wir mit einem gewaltigen Exportverluste rechnen, was uns zwingt, unverzüglich den Ausgleich in überseeischen Ländern, so gut es geht, zu suchen. Das ist eine Lebensstrage sür uns, und wir hoffen, daß Staat und Wirtschaft das Werk ersfolgreich angreisen.

Dabei ist die uns besohlene Wirtschaftslenkung in der Richtung der Zurücksührung in die Wege der Selbsterhaltung der Wirtschaft zu suchen. Je mehr wir mit Amtern und Vorschriften die Wirtschaft regieren, ansstatt sie zu dirigieren, umso schlimmer werden die Folgen für den Staat und die nationale Produktion sein. Es mag absurd tönen, im Augenblick für die Freiheit der Wirtschaft zu plädieren. Wenn man sie aber richtig versteht als die Möglichkeit, innerhalb der ökonomischen Bereiche nach wirtschaftlicher Eigengesetlichkeit im Rahmen von Sitte und Nechtsordnung unabhängig zu funktionieren, kann man sie unbedingt beibehalten.

Die Klugheit gebietet, in Sachen Finanzpolitik sich auf eine fort- laufende Anpassung an die Wirtschaftsentwicklung einzustellen und nicht auf eine, große Spannungen auslösende Finanzresorm zu drücken, noch ehe man weiß, wie die Dinge in Wirklichkeit abrollen. Man darf das psychologische, das politische, das soziale und weltanschauliche Moment, sowie den Kampf um die Macht im Staat, bei derartig ausgreisenden Maßenahmen nicht in den Wind schlagen. Solange man nach einer bestimmten, einheitlichen Linie plant, wird man auch auf der Grundlage der zu erwartenden Vorlage die neuen Gesetze, die vors Volk gebracht werden sollen, dehndar genug gestalten können. Nur ist dabei die Gewißheit zu schaffen, daß man im Verwaltungsapparat auch radikal durchgreift, und daß mit unbedingter Deutlichkeit der Kriegscharakter der gesamten Bundesbeschluße ordnung ausgesprochen wird.

Zutiefst natürlich steht, wie überall in unseren Auseinandersetzungen, ein Geistiges auf dem Spiel, das unserm Denken und Trachten den Sinn spendet. Wir stehen in einer Entscheidungsschlacht zwischen Mensch und Leistung gegen Vermassung und Schutzbedürfnis. Die Krise Europas hat als letzte Ursache das Versagen des Menschen und beruht nicht auf unüberwindlichen Zwangsläusigkeiten. Der Zusammenbruch der seelischen Widerstandskraft der Völker hat uns wehrlos gemacht. Deshalb gilt es,

ausschließlich ben Glauben an die Freiheit, an den Tatwillen zur Auferstehung zu bringen, anstatt der wissenschaftlich ausgebauten Konsequenz unserer eigenen Unfähigkeit zu erliegen. Das ist das Antlitz und die Idee unseres Kampfes, so lautet die Alternative, über die schlußendlich wir alle als Einzelne und als Bölker die Entscheidung in den Händen haben.

Und wenn wir für die Selbständigkeit der Wirtschaft in ihrer wesenseigenen Sphäre kämpsen, so stehen wir für die Freiheit ein. Der Augenblick ist gekommen, einzusehen, daß wir dem kollektivistischen Denken die Behemenz des Willens zur Selbständigkeit entgegenwersen müssen. Wir werden erst mit der Befreiung von der Staatsvergottung wiederum Friedensarbeit verrichten. Die Unabhängigkeit der Wirtschaft innerhalb einer sestumrissenen, vernünstigen Rechtsordnung, zieht naturgemäß dem Staate Grenzen und wirkt sich am ehesten als Krastquelle und Friedensbürgschaft aus, weil sie die Welt grundlegend auf die Beziehung von Mensch zu Mensch und nicht auf die durch den Staat verkörperte Gewalt aufbaut. Man sollte meinen, das Elend der Gegenwart würde den Menschen die Augen öffnen und gäbe der Freiheit eine Chance. Mißverstehen wir jedoch erneut die Mahnung der Stunde, so stürzen wir in der bisherigen Fallrichtung rettungslos ab. Dann haben wir die Schlacht verloren.

Politische Kundschau

Schweizerische Umschau.

Volkssport oder Sporttheater? / Schweizerische Völkerbundsprobleme / Art. 142 des Zivilgesethuches / Arbeitsdetachemente für Arbeitslose.

In Zürich ist jüngst ein Hallenstabion fertiggestellt und dem Sportbetriebe eröffnet worden. Nach der Meinung zahlreicher Sportkreise mußte eine Räumlichkeit geschaffen werden, in der sich auch bei schlechter, winterlicher Witterung Bettkämpse austragen lassen. Die sinanziellen Schwierigkeiten, mit denen das Unternehmen vom ersten Momente an zu kämpsen hatte, wollen wir an dieser Stelle übergehen. Wichtiger ist es, das Hallenstadion im Lichte der allgemeinen en sportlichen. Das stellt es sich, mag es noch so manchen Bereinigungen als Trainingsstätte dienen, doch im wesentlichen dar als Schauplatz für Beranstaltungen, wie z. B. Kadrennen, die mit lauten Borten ausgekündet, von entlöhnten Meistern ihres Faches bestritten und von rein passiven Zuschauern gegen ansehnliche Gelbleistungen besucht werden können. Mit einem anderen Ausdrucke erscheint uns das Hallenstadion einsach als Sportsthe ater. Durch seinen Bau ist es möglich geworden, dem Publikum in der jetzigen Winterszeit einen "Kad-Länderkamps Schweiz-Italien", "Lebendiges Schach", ein "Sylvesterrennen" und dergleichen zeigen.

Solche Vorsührungen entsprechen indessen kaum dem, was unser Volk heuts zutage braucht — oder vielmehr schon früher gebraucht hätte. Die Grenzbesetzung macht es allen klar, daß der Sport sich nicht in dem Gegensatz: "Akteure — Zuschauer" erschöpfen darf, sondern die allgemeine körperliche Leistung